



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/192 - 22. August 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 888 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Wahn und Wirklichkeit im Wehrbild von heute	S. 1
Zum 70. Geburtstag des schwedischen Außenministers, Östen Undén	S. 2
Haas in Bonn	S. 6

Die folgenden Ausführungen des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD haben auch im Hinblick auf die gestrige Stellungnahme des Bundeskanzlers zu diesem Fragenkomplex im "Bulletin" der Bundesregierung besondere Aktualität.

Endlich fort mit allen Illusionen!

Von Wilhelm Meillies, stellv.
Vorsitzender der SPD.

I.

Die Auseinandersetzung über die Frage, in welcher Form die Aufrüstung in der Bundesrepublik vorgenommen werden soll, wird sofort nach den Parlamentsferien erneut entbrennen. Der Bundestag hat zwar das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht verabschiedet; aber dieses Gesetz ist ein Torso, weil über die Dauer der Dienstzeit keine Bestimmung getroffen ist. Die Beratungen über dieses Sondergesetz werden die Tatsache zu berücksichtigen haben, dass in der westlichen Welt eine völlige Umstellung der strategischen Pläne erfolgt.

Es war ^{zwar} bisher schon kein Zweifel daran und die sozialdemokratischen Redner haben darauf im Parlament immer wieder hingewiesen, dass die strategischen Pläne bei NATO auf dem sofortigen Einsatz von Atomwaffen basieren. Trotzdem hat man die Pläne für die Aufrüstung in der Bundesrepublik so entworfen, als wenn diese Tatsache nicht existiere oder als wenn man an dieser grausamen Wirklichkeit noch vorbeikommen könnte. Die militärischen Sachverständigen haben dargelegt und der Bundeskanzler hat sich diese Ansicht zu eigen gemacht, dass der Mangel an Streitkräften, die mit konventionellen Waffen ausgerüstet sind, erst die Gefahr des Atomkrieges heraufbeschwöre. Man hat behauptet, dass der -2-

Westen bei genügender Anstrengung durchaus die Möglichkeit habe, der sowjetischen Seite in der Truppenstärke ebenbürtig zu werden.

Schutz gegen Osten durch "herkömmliche Waffen"?

Hier haben wir wieder eine der verhängnisvollen Illusionen, die Deutschland in der Vergangenheit so teuer hat bezahlen müssen. Man sah immer nur den Gegner, der einem am nächsten lag, und vergass zu bedenken, welche Unterstützung dieser Gegner in der übrigen Welt haben könnte. So haben wir in beiden Weltkriegen die Tatsache übersehen, dass hinter England - wenn grösste Gefahr in Verzuge ist - immer ^{er} Amerika stehen wird. Und wenn man hier England sagt, muss man an das Commonwealth denken, das trotz aller Auflockerung in einer solchen Stunde der Gefahr sicher das Mutterland nicht im Stich lassen würde. Was wir in der Vergangenheit in der westlichen Welt übersehen, wollen wir jetzt offenbar in der östlichen Welt übersehen. Wer zweifelt daran, dass hinter Russland - wenn es hart auf hart geht - immer China mit seinen vielen hundert Millionen Menschen stehen wird? Denn schliesslich geht es in dem Falle ja um die Existenz des kommunistischen Systems. Will irgendein militärischer Fachmann angesichts dieser Tatsache noch behaupten, dass der Westen den Sowjets genügend Truppen mit konventionellen Waffen gegenüberstellen könnte?

Was heisst heute eigentlich überhaupt noch "konventionelle Waffen"? In der Bundesrepublik sind - wie jeder weiss - Atom-Kanonen stationiert. Man macht heute alle Anstrengungen, um für Waffen möglichst kleinen Kalibers auch Atom-Geschosse zu verwenden. Was heute noch unmöglich erscheint, wird bei der rasenden Entwicklung morgen oder Übermorgen bereits Tatsache sein. Die Bundesregierung selbst hat ja in einer Verlautbarung ausgeführt, dass man Atom-Kanonen eigentlich schon zu den konventionellen Waffen rechnen müsse.

Krieg in Europa heisst Atom-Krieg

Da man ja Gründe suchen muss und auch finden wird für den Willen der Bundesregierung, in der Bundesrepublik 500 000 Mann auf der Grundlage der Wehrdienstpflicht aufzustellen, hat man in den letzten - 3 -

Wochen darauf hingewiesen, dass man nicht nur an den grossen globalen Krieg denken dürfe, sondern auch die Möglichkeit kleinerer lokaler Kriege in Betracht ziehen müsse. Aber den kleinen Krieg in Europa oder in Deutschland wird es nicht geben. Jedes weitere Vorrücken der sowjetischen Machtposition nach dem Westen wird die stärkste Bedrohung für England und damit auch für Amerika. Ein solches weiteres Vordringen der sowjetischen Machtposition gefährdet aber auch von der Südflanke her die skandinavischen Länder. Jeder Versuch, den militärischen Machtbereich der Sowjets weiter nach dem Westen zu verschieben, gleichgültig, ob er von der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, von den Satellitenstaaten oder von der Sowjetunion selbst ausginge, müsste automatisch den grossen Krieg auslösen. Wer dieser Tatsache nicht klar ins Auge sieht, vergeht sich in der schlimmsten Weise gegen das eigene Volk. Man soll also mit diesem illusorischen Geschwätz von einem "kleinen Krieg" in Europa endlich einmal aufhören.

Man sollte auch aufhören, darüber zu reden, dass von östlicher Seite der Versuch gemacht würde, das industrielle Potential der Bundesrepublik möglichst unversehrt in die eigenen Hände zu bekommen; einem solchen Versuch könnte man von Westen her selbst dann nicht ruhig zusehen, wenn die oben geschilderte Bedrohung Englands damit nicht verburden wäre. Das unversehrte wirtschaftliche Potential der Bundesrepublik würde einer gewaltigen Machtzuwachs für den Ostblock bedeuten. Die Westmächte würden deshalb aus ihrem Interesse heraus gezwungen sein, in einem solchen Falle entweder bei dem Näherkommen der östlichen Truppen die wichtigsten Industrieanlagen in der Bundesrepublik in die Luft zu sprengen oder sie - wenn das nicht mehr gelingen sollte - später durch Flugzeuge oder Atom-Raketen zu vernichten.

Tatsache ist also, dass es bei einem bewaffneten Konflikt in Europa, und vor allen Dingen in Deutschland, sofort zu dem grossen Weltbrand kommen wird und ebenso ist Tatsache, dass man auf beiden Seiten alle zur Verfügung stehenden Atom-Waffen in dieser Auseinandersetzung benutzen würde. Der Hinweis auf die Abmachung über die Nichtverwendung von Gas im 2. Weltkrieg kann nur von denen gemacht werden, die nie sehen werden, dass die Verhältnisse von heute ganz andere sind als die von gestern und vorgestern.

* * *

- 4 -

(Ein zweiter Beitrag folgt morgen. Die Red.)

Der dienstälteste Aussenminister der Welt

R.E. Stockholm

Wenn Schweden heute in der internationalen Politik einen Rang hat, der das durch Bevölkerungszahl gegebene Mass weit übersteigt, wenn in den Organen der UNO, in Schlichtungs- und Überwachungsausschüssen in auffallend grosser Zahl schwedische Staatsbürger als Vertrauensleute wirken, so dankt Schweden diese ehrenvolle Stellung vor allem Östen Undén, dem schwedischen Aussenminister, der am 25. August seinen 70. Geburtstag feiert.

Seit 1945 trägt Undén die schwere Verantwortung für die Aussenpolitik seines Landes, das an der Bruchstelle zwischen westlicher Welt und Sowjetblock liegt, das trotz seiner exponierten Lage die Eingliederung in einen der Grossmächte-Blocks konsequent ablehnt und es vorzieht, auf die eigene Verteidigungskraft und den Respekt der Nachbarn für seine allianzfreie Politik zu bauen. Undén ist wegen dieser Zwischenstellung oft angefeindet worden - vom Westen wie vom Osten. Auch von schwedischer Seite ist Undén häufig angegriffen worden, am schärfsten wohl damals, als er kurz nach seinem Amtsantritt die Auslieferung baltischer Flüchtlinge und deutscher Soldaten, die in Schweden Asyl gesucht hatten, an die Sowjetunion zu verantworten hatte. Dass er damals selbst glaubte, diese Menschen einem Rechtsstaate auszuliefern, war für die Betroffenen kein Trost. Man darf aber nicht übersehen, dass unter dem Eindrucke der Kriegsgeschichte damals eine ähnliche Auffassung leider von fast allen Staatsmännern des Westens, einschliesslich der Staatsführung der Vereinigten Staaten, geteilt worden war.

Als im Jahre 1952 kurz hintereinander schwedische Übungsflugzeuge von Sowjetstreitkräften über der freien Ostsee abgeschossen wurden, als die Sowjetunion und Polen immer wieder schwedische Fischerboote auf offener See aufgriffen und das Schicksal der Fischer oft wochenlang im Dunkeln blieb, als ein russischer Spionagering nach dem anderen in Schweden aufgedeckt und der Bevölkerung bewusst wurde, wie intensiv die Sowjetunion sich für die schwedische Landesverteidigung interessiert, da wurden die massvollen, nichtsdestoweniger aber sehr bestimmten Massnahmen des schwedischen Aussenministeriums von vielen Seiten als zu schwach kritisiert und auch heute noch muss Undén manch kritisches Wort in Kauf nehmen, z.B. wenn die schwedische Presse entschiedenere Schritte zur

Befreiung des in Budapest 1945 in Sowjethänden verschwundenen schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg fordert.

Undén hat sich von all dem nie beirren lassen. Mit eiserner Konsequenz verfolgte er seine Absicht, Schweden so viel wie möglich internationale Verwicklungen zu ersparen und die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Nachbarvölkern auszubauen. Welche Früchte diese Bestrebungen dort tragen, wo die weltpolitischen Spannungen weniger stören, zeigt die vorbildliche Zusammenarbeit Schwedens mit seiner nordeuropäischen Brudervölkern, insbesondere die segensreiche Tätigkeit des Nordischen Rates. Heute dürften selbst die verbissensten Kommunistenfresser in Amerika und anderswo erkannt haben, dass Undéns Haltung nicht auf eine persönliche Schwäche für die Sowjetunion oder auf Angst vor dieser zurückzuführen ist, sondern Ausdruck eines festen Willens ist, dass Undéns Stellungnahmen zur Weltpolitik in den besten demokratischen Traditionen wurzeln und allein dem Willen entspringen, die Barrieren zwischen den Völkern abzubauen und den Menschen einen neuen Weltkrieg zu ersparen.

Undén, welcher einer Apothekerfamilie entstammt und die Rechtswissenschaften studiert hat, stiess schon in jungen Jahren zur Arbeiterbewegung und wurde einer ihrer bedeutendsten Wegbereiter in Schweden. Zum ersten Mal war er Minister im Koalitions-Kabinett der Liberalen 1917-1920 - es war die erste Regierung der Welt mit sozialdemokratischer Mitwirkung. Seither war Undén ständig in verantwortungsvollen Aufgaben für die Partei tätig, obwohl er als Professor für Zivilrecht (1917-1937), als Rektor der Universität Uppsala (1929-1932), seit 1937 als Universitätskanzler (Leiter der obersten Behörde für alle Universitäten und Hochschulen in Schweden) einen reichen akademischen Arbeitsbereich auszufüllen hatte.

Heute ist Undén eine der markantesten Persönlichkeiten der schwedischen Regierung. Sein Eintreten für die Bewahrung des Friedens, seine konsequente Mittlerrolle, seine sachlich ruhige Haltung in internationalen Wortschwall der Leidenschaftlichen haben aber Undéns Bedeutung weit über den Rahmen seiner schwedischen Heimat hinaus. Schon im Juni 1953, als hochgeschraubte Erwartungen mancher Politiker, die Halbheiten der westlichen Staatsmänner und die seither von der Wirklichkeit widerlegten Thesen Konrad Adenauers das Urteil der Menschen verwirrten, hat Undén

die Theorie der Gefährlichkeit gegeneinander gerichteter Militärblöcke verfochten. Seine damaligen Ausführungen, die sich in den Grundzügen mit den Ansichten der SPD decken, haben an Aktualität nichts eingebüsst.

* * *

"Berichterstattung" oder Abberufung?

sp. Knapp eine Woche, nachdem er im Moskauer Ausussenministerium eine Beschwerdenote seiner Regierung überreicht hatte, ist Botschafter Haas "zur Berichterstattung" in Bonn eingetroffen. Die Meldung hat Aufsehen erregt, weil man fürchtet, dieser Schritt sei der Auftakt zu einer Abberufung von Haas aus Moskau, so wie, vor etwas mehr als einem Monat, der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik, Sorin, plötzlich Bonn verliess. Solche Vermutungen wiegen um so schwerer, als man weiss, dass die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik sich dem Gefrierpunkt nähern.

Der äussere Anlass zu dieser Zitterung des Botschafters nach Bonn ist die Behandlung der Frage der Rückführung deutscher Staatsangehöriger aus der Sowjetunion durch die sowjetischen Behörden. Diese Rückführung ist im September vorigen Jahres zwischen der Bundesregierung und der sowjetischen Regierung in Moskau vereinbart worden, und es ist in der Tat so, dass die sowjetischen amtlichen Stellen immer neue Schwierigkeiten bereiten, auf die die Note der Bundesregierung vom vorigen Dienstag näher eingeht.

Das ist für Deutschland sehr schmerzlich, denn die Heimkehr der gegen ihren Willen in der Sowjetunion festgehaltenen deutschen Staatsangehörigen wird in Deutschland selbst ausserordentlich hoch bewertet. Die grosszügige Regelung dieser Frage hätte für die Sowjets gewiss kein Problem zu sein brauchen und hätte ihren moralischen Kredit überall entscheidend gestärkt.

Auf der anderen Seite muss man die sowjetische Haltung in einem grösseren Zusammenhang sehen. Die Bundesregierung hat nach dem Abschluss der Moskauer Vereinbarung vom letzten Herbst eine Russlandpolitik getrieben, die immer wieder Anlass zu schweren Bedenken und ernststen Warnungen bot. Wenn der Bundeskanzler jenes auf die Sowjetunion gezielte Wort vom "Todfeind" wählte, und sich auch bei anderen Gelegenheiten in ähnlichem Sinne äusserte, so war das eben nur symptomatisch

für die Einstellung der Bundesregierung zu einer Macht, mit der gute und freundschaftliche Beziehungen zu pflegen dieselbe Regierung in aller Form zugesagt hatte und auf deren wachsendes Verständnis und loyale Haltung sie nun einmal angewiesen ist.

Nach der Rückkehr Sorins nach Moskau hätte man z.B. in Erfahrung bringen müssen, welche tieferen Ursachen für diesen Schritt massgebend gewesen sind, statt sich den Anschein zu geben, als sei man über diese Entwicklung nur froh. Auch vorher war nichts geschehen, um auf direktem diplomatischen Wege zu klären, wie die Haltung der Sowjetunion in den entscheidenden politischen Fragen sei, obwohl doch ursprünglich Haas, wie das auch offiziell gesagt worden ist, den Auftrag hatte, in dieser Richtung und vor allem auch in der Wiedervereinigungsfrage initiativ zu werden. Aber nichts geschah, ebenso wenig, wie bisher die Note in Moskau überreicht worden ist, die der Bundesaußenminister zum ersten Mal im April angekündigt hat.

Wenn jetzt die Bundesregierung wirklich beabsichtigen sollte, den Botschafter Haas nicht nach Moskau zurückkehren zu lassen, etwa nach dem Motiv: wie Du mir, so ich Dir, so würde dadurch nur neuer schwerer Schaden angerichtet werden, ganz abgesehen davon, dass gerade die Menschen, an denen sich die letzte Phase dieses schwebenden Konfliktes zwischen Bonn und Moskau entzündet hat, die unmittelbar Leidtragenden wären.

Vor allem aber sollte die Bundesregierung nicht übersehen, dass in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation mit ihren unzweideutigen Entspannungstendenzen zwischen dem Westen und dem Osten die Bundesregierung sich mit einer von einem strammen Antimoskau-Komplex beherrschten Politik in eine höchst gefährliche Isolierung hineinmanövrieren würde. Wenn sie so verfährt, wie jetzt vielfach vermutet wird, so wäre dies auch deshalb besonders bedauerlich, weil das tragische Geschick von Tausenden von Menschen und die Schwierigkeiten, die ihrer Heimkehr von den verärgerten Russen gemacht werden, den Vorwand für eine Politik hergeben müssten, welche für die Bundesrepublik falsch und schädlich wäre. Denn sie sitzt nun einmal gegenüber der Sowjetunion am kürzeren Hebel.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau